

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/39, Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/39, Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/39, Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Amtliche Erklärung zur Spanienfrage

Deutschland nicht mehr im Kontrollsystem

Antwort auf Englands und Frankreichs Doppelspiel

Berlin, 23. Juni.

Nachdem die Londoner Verhandlungen in der Frage der Angriffe auf den Kreuzer „Ceypzig“ durch den Widerstand Englands und Frankreichs ergebnislos geblieben sind, hat die Reichsregierung beschlossen, sich endgültig aus dem Kontrollsystem zurückzuziehen. Die italienische Regierung hat sich diesem Vorgehen angeschlossen.

Der Botschafter v. Ribbentrop ist am Mittwoch beauftragt worden, den im Kontrollsystem in London vertretenen Regierungen folgende Mitteilung zu machen:

„Die Reichsregierung hat nach Bekanntwerden der Angriffe auf den Kreuzer „Ceypzig“ am 18. und 19. Juni d. J. alsbald den anderen an der Seefronte in den spanischen Gewässern beteiligten Mächten mitgeteilt, daß sie nicht gewillt sei, ihre mit einer internationalen Aufgabe betrauten Seestreitkräfte weiteren Schieflagen in Spanien auszuweichen. Sie hat sich hinsichtlich der von ihr zu fordernden Garantien für die Sicherheit ihrer Schiffe auf ein Minimum beschränkt, nämlich auf eine sofort auszuführende Flottendemonstration der vier Kontrollmächte, um auf diese Weise eine deutlich sichtbare solidarische Warnung zum Ausdruck zu bringen.“

Da die englische und französische Regierung sich nicht einmal zu dieser Minimalforderung haben bereit finden lassen, muß die deutsche Regierung zu ihrem Bedauern feststellen, daß es an derjenigen Solidarität der Kontrollmächte fehlt, die für die Durchführung der gemeinsam übernommenen internationalen Aufgabe die unerlässliche Voraussetzung bildet. Die Reichsregierung hat deshalb beschlossen, sich endgültig aus dem Kontrollsystem zurückzuziehen.“

Die Königlich italienische Regierung hat der Reichsregierung mitgeteilt, daß sie sich deren Vorgehen angeschlossen und sich ebenfalls aus dem Kontrollsystem zurückzieht.

Die italienische Erklärung

Rom, 23. Juni.

Nach einer von der Agencia Stefani ausgegebenen amtlichen Mitteilung hat sich die italienische Regierung endgültig vom Kontrollsystem zurückgezogen. Die entsprechende Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

Nachdem die italienische Regierung infolge des Verlaufes der jüngsten Besprechungen, die in London zwischen den Vertretern der vier Mächte stattgefunden haben, das Fehlen der notwendigen Solidarität für ein gemeinsames Vorgehen betreffs der bekannten Zwischenfälle festgestellt hat, die sich bei der internationalen Kontrollaktion ereignet haben, hat sie dem italienischen Botschafter Grandi Mitteilung gegeben, dem Nichtteilnahmehaus aus dem Vorgehen, daß Italien sich endgültig vom Kontrollsystem zurückzieht. Der gleiche Beschluß ist von der Reichsregierung gefaßt worden.“

Die Stellung Deutschlands zum Krieg in Spanien

Diese Vorgänge verpflichten uns, so bemerkt das Deutsche Nachrichtenbüro hierzu ergänzend, zu folgender grundsätzlicher Stellungnahme:

1. Das Deutsche Reich hat — zum Unterschied zu anderen Völkern und Staaten — weder früher noch jetzt mit dem spanischen Volk Differenzen, die in irgendwelchen territorialen oder sonstigen besonderen politischen deutschen Absichten begründet liegen. Deutschland hat daher — ebenfalls zum Unterschied zu anderen Staaten — an keiner der geschichtlichen Verhandlungen Spaniens teilgenommen. Dies gilt auch für die heutige Zeit, in der das deutsche Volk in tiefstem Mitleidsgefühl das Weiden des spanischen Volkes verfolgt, das und Deutschen — aus ähnlichen Erfahrungen — selbst nicht unbekannt ist.

Die gleiche von Moskau organisierte und betriebene Verbrechenpolitik, die in Deutschland anberaumt hat, den Volkswidrigkeiten herbeizuführen und damit unser blühendes Land in ein Ruinenfeld zu verwandeln, bemüht sich seit Jahren, auch Spanien zu zerstören. Die Art der Methoden und Taten kennen wir. Hunderttausende abgelebte Männer, Frauen und Kinder sind die Nutzgegenstände dieser bolschewistischen Verbrechen. Dabei stehen in diesem Kampf des nationalen Spaniens gegen seine Moskauer Unterdrücker und Herrscher die Sympathien des deutschen Volkes und damit auch seiner Führer eindeutig auf Seiten der von den von Moskau organisierten Verbänden geschilderten Verbrechen des nationalen Spaniens. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben dabei nur ein Interesse: daß ein wahrhaft unabhängiges und freies Spanien wiedererstanden und daß es ihm gelingen möge, die schweren Wunden, die der bolschewistische Bürgerkrieg geschlagen hat, wieder zu heilen.

Moskau will Spanien bolschewistisch machen

Darüber hinaus hat Deutschland dann allerdings auch den verständlichen Wunsch, mit diesem national geordneten, freien und unabhängigen Spanien alle jene kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu pflegen, die nicht nur den Interessen dieser beiden Völker dienen, sondern die auch in

höherem Sinne der internationalen Zusammenarbeit und Wohlfahrt nützlich sind. Ueberhaupt sind sich das deutsche Volk und seine Regierung darüber im klaren, daß es in Europa nur entweder ein System unabhängiger freier Nationalstaaten oder ein kommunistisches politisches und damit auch wirtschaftliches Chaos geben kann. Deutschland ist daher der Ueberzeugung, daß es eine Pflicht aller europäischen Staaten wäre, gemeinsam gegen die von Moskau ausgehenden Verbrechen Stellung zu nehmen, die das System dieser freien und unabhängigen Nationalstaaten zu zerstören, um an ihre Stelle ein von Revolutionen erschüttertes und von Moskau aus tyrannisiertes internationales Chaos zu setzen.

Und dies ist das Entscheidende: Nicht das nationalsozialistische Deutschland beschäftigt oder versucht, aus Spanien eine Provinz des Deutschen Reiches oder einen Teil der nationalsozialistischen Bewegung zu machen, sondern das bolschewistische Moskau bemüht sich wie überall, so auch aus Spanien, eine Fokktion der Komintern zu machen!

Dies zu verhindern läge aber ebenso im Interesse Europas, ja der Welt, wie es natürlich auch im Interesse Deutschlands liegt. Alle anderen Behauptungen über besondere Absichten Deutschlands in Bezug auf Spanien, Marokko oder dessen sonstigen kolonialen Besitz sind von den Helfershelfern und den leider besonders in unseren westlichen Staaten stehenden Freunden der Bolschewisten erfundene Lügen.

Demokratische und bolschewistische Staaten Hand in Hand

1. Deutschland hat daher, von diesen Auffassungen geleitet, von Anfang an versucht, dahin zu wirken, daß die dauerliche inner-spanische Auseinandersetzung ausschließlich Angelegenheit der Spanier selbst sein möchte. Das heißt, Deutschland hat genau so wie Italien gleich zu Beginn der spanischen Krise gegen jeden Versuch einer politischen, finanziellen, militärischen oder sonstigen Einmischung Stellung genommen. Gerade diese Auffassung aber wurde von den demokratischen und bolschewistischen Staaten abgelehnt. Sie begannen Freiwillige anzuzwerfen, sie veranlaßten Geldsammlungen, sie lieferten Kriegsmaterialien, und vor allem von ihnen kamen die Agenten, Instrukteure und Behrmeißler der bolschewistischen Schlägertruppen.

Und erst als sich im Verlauf der Entwicklung trotzdem — wie es nicht anders zu erwarten war — das nationale und damit allein wahrhaft unabhängige Spanien gegenüber dem von Moskau und seinen Freunden organisierten und militärisch ausgehaltenen bolschewistischen Verbrechen durchzusetzen begann, wurde das Interesse auch in gewissen Kreisen der demokratischen Staaten für eine Aufnahme der deutschen und italienischen Ideen für eine wirkliche Nichtteilnahme in eben dem Maße, in dem man zu glauben schien, dadurch der nationalen Seite Widerstand zu tun und der bolschewistischen Brandstiftung Vorhänd leisten zu können.

(Fortsetzung siehe Seite 2)

Meister der Heuchelei

Wer etwa der Ansicht sein sollte, die Londoner Viermächtebesprechungen, aus deren Ergebnislosigkeit Deutschland und Italien die einzig mögliche Folgerung zogen, sich von dem Kontrollsystem zurückzuziehen, seien sehr kurzweilig verlaufen, befindet sich im Irrtum. Im Gegenteil verlief die entscheidende Sitzung in völliger Ruhe. Sie ging sogar ohne Empfindlichkeiten und Gereiztheiten vonstatten. Der Grund hierfür war, daß Frankreich und noch mehr vielleicht England sehr klar erkannten, daß alles, was man gegen die deutschen Vorschläge ins Feld führte, in keiner Weise nachhaltig war. Man war sich dessen bewußt, daß man nicht Gründe für eine Ablehnung hatte, sondern eben nur Scheingründe. Eine ganz einfache Ueberlegung führt auf den Kern der Dinge. Im Abkommen vom 12. Juni war vereinbart worden, daß weitere Angriffe auf die Kontrollschiffe als Angriffe auf die Gemeinschaft der vier Kontrollmächte angesehen werden und entsprechende Folgen auslösen sollten. Zugleich wurde dabei festgesetzt, daß bei der Beschlußfassung über die zu treffenden Maßnahmen natürlich die unmittelbar betroffenen Mächte in erster Linie berückichtigt werden müßte. Die Unterseebootangriffe auf die „Ceypzig“ — uns es wurden deren nicht weniger als vier mit Sicherheit festgestellt — stellen die soeben besprochene Solidarität auf die Probe. An der ersten Belakung geriet das Abkommen vom 12. Juni, als sei von vornherein nicht beachtet gewesen, es in der Praxis tatsächlich wirksam werden zu lassen. Zum mindesten in dem Augenblick nicht, in dem die zu treffenden Maßnahmen sich gegen die sogenannte Valencia-Regierung richteten müßten. Niemand wird daran zweifeln, daß sowohl England als auch Frankreich ein Vorgehen mit den schärfsten Mitteln gefordert haben würden, wenn heimtückische Ueberfälle ein englisches oder französisches Schiff bedroht hätten und nationalspanische Streitkräfte als Urheber ermittelt worden wären. Dann wäre die „Solidarität“ nicht gerippt wie eine Seifenblase, sondern man hätte sie von Deutschland und Italien in vollem Umfang erwartet und gefordert. Aber die spanischen Bolschewisten als Schuldige — das ist eben für Frankreich und England etwas anderes. Das sollten denn auch die Sowjetfreunde in London und Paris sagen, wenn ihre eigenen Regierungen Stellung nehmen wollten gegen die „Mäter der Demokratie“ in Spanien, als welche man doch die Nordbreuner immerfort hingestellt hatte! So spielten bei dem Verhalten des Foreign Office und des Quai d'Orsay in der politischen Hinsicht eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Obwohl Deutschland bereits die 81 Toten und 77 Verletzten des Vangerschiffes „Deutschland“ zu beklagen hatte, hielt die Reichsregierung die Forderungen in London so hoch wie möglich. Sie verzichtete darauf, die Internierung der spanisch-bolschewistischen Unterseeboote zu verlangen. Deutschland wollte sich mit einer einfachen Flottendemonstration der Kontrollmächte vor Valencia und einer mit dieser verbundenen Warnung an die Bolschewisten begnügen. Ein größeres Entgegenkommen konnte billigerweise nicht erwartet werden. Aber selbst diese maßvollen Vorschläge wurden von England und Frankreich abgelehnt. Deutschland fand also sein Recht nicht in London. Es mußte im Gegenteil erkennen, daß sich England und Frankreich geradezu schamlos vor die Bolschewisten stellten. Gemeinlich mit Italien, das gleichfalls im Dienste der internationalen Kontrolle schwere Opfer gebracht hatte — erinnert sei nur an die Toten des Ueberfalls von Palma — jag es die Folgerung und nahm sich die Freiheit seines Handelns wieder.

In einem überaus bemerkenswerten Gegensatz zur klaren Sprache der Tatsachen steht nun das Verhalten der englischen Presse. Da schreibt der „Daily Herald“, das Blatt der Labour-Party, indem es die Wahrheit bedenkenlos beiseite schiebt: Wieder einmal sei die Ursache des Zusammenbruchs (= des Nichtteilnahmehaus) die Weigerung Deutschlands, seine Forderungen einer unabhängigen Untersuchung unterziehen zu lassen. Wieder einmal bestebe Deutschland auf dem ausschließlichen Recht, seine eigenen Schiffe zu richten, und wieder einmal lehne es die Beurteilung einer Streitfrage durch eine dritte Partei und den Schiedsrichtergrundsatz in den internationalen Beziehungen ab. Das Blatt stellt also unverfroren auf den Kopf, daß Deutschland nichts anderes forderet, als die Erfüllung des

Heute Beilage:

„Heimat und Volkstum“

Sitzung des Reichskabinetts

Polizeibeamtengefeß verabschiedet

Berlin, 23. Juni.

In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts, die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Generaloberst Brüning stattfand, wurde der Entwurf eines deutschen Strafgesetzbuches weiter beraten. Im Anschluß hieran wurde das Polizeibeamtengesetz verabschiedet, durch das das Beamtenrecht für die Polizei entsprechend der einheitlichen Zusammenfassung der polizeilichen Aufgaben und der einheitlichen Regelung aller Polizeianglegenheiten für das ganze Reich neu geregelt wird. Die nächste Kabinettsitzung findet erst wieder nach der Sommerpause statt. (Über den Inhalt des Polizeibeamtengesetzes berichten wir auf Seite 1.)